Die Erhöhung der Beamtenbesoldung.

Von zuständiger Stelle wird WTB. mitgeteilt: Die in den letzten Tagen durch die Presse gehenden Mitteilungen über die **Erhöhung der Besoldung der Reichsbeamten** entsprechen nicht in allen Punkten den Tatsachen. Die über die Höhe der Grundgehälter angegebenen Zahlen sind zwar zutreffend, ein richtiges Bild über die tatsächliche Besoldung der Beamten kann jedoch nur gewonnen werden, wenn die Dienstbezüge in ihrer Gesamtheit — Grundgehälter, Ortszuschläge, Kinderzuschläge, Teuerungszuschläge — unter Berücksichtigung der Wirkung der Reichseinkommensteuer betrachtet werden. Bei der Bemessung der Dienstbezüge mußte einerseits der unbestreitbaren Notlage der Beamtenschaft, andererseits aber der unerfreulichen Finanzlage des Reiches Rechnung getragen werden. Daß mit der erforderlichen Sparsamkeit verfahren worden ist, ergibt sich daraus, daß nur die Beamten der untersten Gruppen das Vierzehn- oder Dreizehnfache ihrer Friedensbezüge erhalten, während den Beamten der mittleren Gruppen nur etwa das Siebenfache, den Beamten der höheren Gruppen das Sechs- oder Fünffache ihrer Friedensbezüge gegeben wird. Die Gesamtausgaben für die Aufbesserung der Beamten erreichen die in der Presse mitgeteilten Summen nicht. Sie betragen für die Reichsbeamten allein rund 7½ Milliarden. Wenn auch die Ausgaben, die sich im Anschluß an die Erhöhung der Bezüge der Reichsbeamten für die Beamten der Länder und der Kommunen, für die Arbeiter und Angestellten des Reichs und der Länder ergeben werden, recht beträchtlich sind, so erreicht die Gesamtbelastung nicht annähernd die wiederholt genannte Summe von 30 Milliarden.

Die Berliner Gewerkschaftskommission droht mit dem Generalstreik.

In der gestrigen Plenarversammlung der Berliner Gewerkschaftskommission wurde eine Resolution angenommen, in der erklärt wird, wenn der Konflikt im **Berliner Gastwirtsgewerbe** in drei Tagen nicht beigelegt werde, sei die Plenarversammlung fest entschlossen, den **Generalstreik** in Berlin anzuwenden.

Gegen die Lahmlegung der Deutschen Werke.

Aus Berlin wird gemeldet: Gegen den Versuch der Ententekommission, die Betriebe der **Deutschen Werke lahmzulegen**, protestierten gestern in einer Versammlung die Arbeiter und Angestellten der Hauptverwaltung der Deutschen Werke, die die Zentrale für die 14 Betriebe der Gesellschaft im Reiche darstellen. Der Versammlung wohnten Vertreter der Direktion, der Gewerkschaften und der Angestelltenorganisationen bei. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde festgestellt, daß die Betriebe, die früher nur für Zerstörungszwecke gearbeitet haben, jetzt dem Wiederaufbau, dem Handel und der Verständigung dienen. Die Versammelten erblickten in dem Vorgehen der Entente einen systematischen Feldzug der französischen Militärpartei, der darauf hinauslaufe, Deutschland und sein Volk zu vernichten.

Vertreter deutscher Arbeiter- und Arbeitgeber-Verbände bei Loucheur.

Aus Paris wird gemeldet: Der Minister **Loucheur** hat gestern eine Abordnung der **deutschen Arbeiterverbände** und der **deutschen Sachverständigen** aus **Industrie, Handel und Landwirtschaft** empfangen, die in Begleitung von Delegierten des französischen Gewerkschaftsbundes und französischer Industrieller, Handels- und Landwirtschaftssachverständiger dem Minister durch den französischen Gewerkschaftssekretär Marcel **Laurent** vorgestellt wurden. Laurent hielt dem Minister Vortrag über ein **vorläufiges Abkommen, das den raschen Wiederaufbau von elf Dörfern an der Somme** (Gegend von Chaulnes) **bezweckt**, die die Delegation in den letzten Tagen besichtigt hat. Der Wiederaufbau soll sich im Laufe des Jahres 1922 vollziehen. Die Delegierten wiesen darauf hin, daß sie sich im weitesten Maße der Bestimmungen des **Wiesbadener Abkommens** zu bedienen beabsichtigen. Loucheur nahm diese Erklärung zur Kenntnis. Es wurde vereinbart, in einer Sitzung am kommenden Montag die praktischen Voraussetzungen für die Durchführung dieses Plans zu prüfen.

Eine Gedächtnisfeier für die in Frankreich ruhenden deutschen Krieger.

Zum Gedächtnis der in französischer Erde ruhenden deutschen Krieger legte der Botschafter **Dr. Mayer** gestern auf dem **Pariser Friedhof** in **Ivry**, wo ungefähr hundert deutsche Krieger beerdigt sind, in Gegenwart der Mitglieder der Botschaft und der übrigen deutschen Stellen in Paris einen **Kranz** nieder. Er hielt hierbei eine Ansprache, in welcher er darauf hinwies, daß die Feier allen in Frankreich ruhenden deutschen Kriegern gelte, deren ganz Deutschland in tiefer Trauer, aber auch in unsagbarer Dankbarkeit und Bewunderung gedenke. Der Kranz sei vergänglich, die Gedenktafel bescheiden, aber unvergänglich und hochragend stehe das Denkmal der Tapferen, errichtet im Herzen des deutschen Volkes. Frau Botschafter Dr. Mayer widmete einen Kranz für die deutschen Mütter und Frauen. Sämtliche Gräber waren mit frischen Blumen geschmückt.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Gegen die Fortsetzung der feindlichen Lügenpropaganda. Die sozialdemokratische Fraktion des bayerischen Landtages hat eine Anfrage an die Staatsregierung gerichtet, womit sie dem Treiben zahlreicher Berichterstatter und Agenten deutschfeindlicher und ausländischer Zeitungen entgegentreten werde, die die größten Unwahrheiten über Bayern und Deutschland verbreiteten. Es handle sich dabei vielfach um bestellte Arbeit und eine planmäßige Hetze gegen das deutsche Volk, um die Fortsetzung der Lügenpropaganda, die vor dem Kriege und während des Krieges die öffentliche Meinung der Welt verführte und vergiftete. Man glaubt auf diese Weise der Raubpolitik Frankreichs in den Augen des gutgläubigen Auslandes den Schein einer Berechtigung verschaffen zu können.

Die Kreditbilfe der Industrie und der Landwirtschaft. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung" mitteilt, wird der Reichsverband der deutschen Industrie am 5. November über die Frage der Kreditbilfe für die Reparationsverpflichtungen des Reiches Beschluß fassen. Diese Frage ist auch für die Landwirtschaft von weittragender Bedeutung, wie eine Veröffentlichung des Reichslandbundes erkennen läßt. Voraussetzung für alle Verpflichtungen, die von der Landwirtschaft getragen werden sollen, ist die Festsetzung des Gesamtbetrages, der der Landwirtschaft auferlegt werden soll. Es muß daher von der Regierung verlangt werden, daß sie umgehend erklärt, welchen Gesamtbetrag sie in dieser Hinsicht im Auge hat.

Die neue Oberschlesiennote auch in Warschau übergeben. Wie jetzt zuverlässig bekannt wird, hat die Botschafterkonferenz nach Warschau die gleiche Note über die Gefahren des Eintritts landfremder Elemente in Oberschlesien gesandt, wie sie am 31. Oktober dem deutschen Botschafter in Paris überreicht worden ist.

Die preußische Regierungskrise hat im Laufe des gestrigen Tages keine weitere Klärung gefunden. Heute vormittag werden das Zentrum und die sozialdemokratische Fraktion zu Beratungen zusammentreten. Um 12 Uhr wird der Aeltestenausschuß des Landtags eine Sitzung abhalten.

Kundgebung gegen die hohen Kartoffelpreise. Aus Wanne wird gemeldet: 10000 bis 15000 Bergarbeiter der Zechen in Wanne, Eickel und Röhlinghausen veranstalteten heute vor dem Amtshause eine Kundgebung gegen die hohen Kartoffelpreise. Die Führer ließen keinen Zweifel darüber, daß sie, falls nicht Abhilfe geschafft werde, jede Verantwortung ablehnen müßten.

Herstellung einer einheitlichen Internationale. Am 23. und 24. November tagt in Brüssel das Exekutivkomitee der 2. Internationale, um die Frage der Herstellung einer einheitlichen Internationale der Sozialisten aller Länder zu beraten. Als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Deutschlands werden Hermann Müller und Otto Wels an der Tagung teilnehmen.

Wieder freigelassen. Die am Freitag in München verhafteten fünf Personen, gegen die sich der Verdacht der Mittäterschaft an dem Anschlage gegen den Abgeordneten Auer richtete, ferner weitere zwei Verhaftete sind wegen völligen Mangels an Beweisen wieder freigelassen worden.

Die Feier des 9. November in Berlin. Die Funktionäre der Gemeindebetriebe von Berlin haben in einer Vollversammlung beschlossen, in sämtlichen Gemeindebetrieben am 9. November die Arbeit ruhen zu lassen.

Die Eröffnung des internationalen Gerichtshofs wird, wie aus dem Haag gemeldet wird, Ende Januar erwartet. Der Gerichtshof wird seine erste Sitzung im Friedenspalast im Haag abhalten.

Unruhegefahren in der Provinz Sachsen. Aus Anlaß der Kartoffelnot erläßt Oberpräsident Hörsing einen Aufruf, in dem es heißt: „Mit allen Mitteln muß dahin gewirkt werden, daß möglichst schnell und in genügenden Mengen Kartoffeln der verbrauchenden Bevölkerung zugeführt werden, wenn ernste Unruhen und Gewaltmaßnahmen seitens der Verzehrenden gegenüber der landwirtschaftlichen Bevölkerung vermieden werden sollen. Ueber die Möglichkeit bevorstehender Unruhen liegen hier sichere Nachrichten vor. In Eisleben und in anderen benachbarten Ortschaften wurden Haussuchungen nach Waffen vorgenommen und eine große Anzahl von Kommunisten verhaftet. In Halle wurde ein rotes Flugblatt verteilt, in welchem sich Unbekannte mit dem am 18. Oktober auf das Verwaltungsgebäude des Bruckdorf-Dietlebener Bergwerksvereins ausgeübten Raubüberfall brüsten, bei dem ihnen 101 530 Mark in die Hände gefallen seien. Da dieser Betrag mit der tatsächlich geraubten Summe übereinstimmt, ist anzunehmen, daß die Verfasser des Flugblattes mit den Räubern identisch sind. Diese kündigen an, daß die den kapitalistischen Verbrechern genommene Summe nur eine Kleinigkeit sei, und daß man sich in nächster Zeit größere Beträge holen werde.

Anzeigensteuer und Umsatzsteuergesetz. Bei den in den nächsten Tagen im Reichstage beginnenden Beratungen über die neuen Steuervorlagen der Regierung wird, wie wir hören, auch die Beratung der seinerzeit von den Zeitungen außerordentlich stark bekämpften besonderen Anzeigensteuer wiederum eine Rolle spielen. Die berufenen Vertretungen der Zeitungsverleger beabsichtigen, entsprechende Vorschläge zur Abänderung der Anzeigensteuer dem Steuerausschuß des Reichstages zu unterbreiten. Gleichzeitig beabsichtigen die großen Anzeigen-Expeditionen, für die Novelle des Umsatzsteuergesetzes eine Abänderung in der Richtung vorzuschlagen, daß die Steuer bei den Anzeigen-Expeditionen nicht, wie bisher, von dem Gesamtumsatz, sondern gerechterweise von dem der Anzeigenexpedition verbleibenden Umsatzteile erhoben werden soll. Schon das jetzige Umsatzsteuergesetz sieht vor, daß bei der Abwickelung mehrerer von verschiedenen Unternehmungen über dieselben Gegenstände oder über Gegenstände gleicher Art abgeschlossenen Umsatzgeschäfte nur die Lieferungen steuerpflichtig sind, die den unmittelbaren Besitz übertragen. Bisher erfaßte diese Bestimmung lediglich den Warenhandel, nicht aber die Vermittelung von Leistungen, wie sie bei den Anzeigen-Expeditionen üblich sind. Nachdem alle früheren Versuche, durch Entscheidungen des Reichsfinanzhofes schon dem bisherigen Umsatzsteuergesetze eine entsprechende Auslegung zu geben, nicht von Erfolg begleitet gewesen sind, sind die Anträge der Interessenten dem Reichstage zugegangen. Sie erstreben eine ähnliche Lösung, wie sie die von Siemens vorgeschlagene Reformierung der Umsatzsteuer auf einem anderen Wege erreichen will.

England.

Lloyd George geht nicht nach Amerika. „Daily Chronicle" berichtet, daß Lloyd George seinen Platz auf der „Aquitania", die Sonnabend nach Amerika geht, abbestellt hat.

Die irische Krisis zeigt eine Besserung. Einer Blättermeldung zufolge sollen die Londoner Sinnfeinerkreise bezüglich der Ergebnisse der irischen Konferenz durchaus optimistisch sein. Angeblich sei man sogar der Ansicht, daß eine Verständigung zwischen der britischen Regierung und den Sinnfeinern bereits erzielt worden sei. Die Regierung soll einen endgültigen Plan unterbreitet haben, auf dessen Grundlage man ein einheitliches Irland zu schaffen hoffe. Alles hänge jetzt von der Stellungnahme Ulsters zu diesem Plane ab.

Amerika.

Das Programm über die Herabsetzung der Seerüstung. Stephan Lausanne meldet dem „Matin", drei amerikanische Delegierte für die Konferenz in Washington hätten Montag mit dem Generalstabschef der Marine und dem Marinesekretär das Programm über die Herabsetzung der Seerüstungen, das Amerika der Konferenz unterbreiten werde, festgelegt. Es betrifft nicht nur die Beschränkung der in Bau befindlichen Schiffe, sondern befaßt sich auch mit Marinebasen, den Küstenbefestigungen, der Frage der Häfen, und der Frage der Umstellung der Handelsmarine in eine Kriegsmarine.

Oertliches und Sächsisches.

Riesa, den 3. November 1921.

—* **Die Herabsetzung der Elbefrachten.** Die „Magdeburgische Zeitung" meldet: Der Witterungsumschlag der letzten Tage führte endlich der Elbe jene Wassermengen zu, die nach den Schwierigkeiten der letzten vier Monate wieder einen leistungsfähigen Betrieb ermöglichen. Die Schiffe können wieder besser ausgelastet werden. Im Zusammenhang damit steht die Herabsetzung der Elbefrachten von Hamburg nach Mittel- und Oberelbe um mehr als drei Mark für je 100 Kilogramm. Die Frachtermäßigung von Hamburg nach Magdeburg beträgt 3.25 M. für 100 Kilogramm, so daß die Fracht augenblicklich 15.25 M. beträgt.

—* **Operettenaufführung im Hotel Döpfner.** Es war ein höchst dankenswerter Genuß, den die Direktion des Meißner Stadttheaters unserer Einwohnerschaft mit der Aufführung des „Don Cesar" bot und damit eine der besten deutschen Operetten wieder einmal auf die Bühne brachte. Seit länger denn drei Jahrzehnten hat sie sich Heimatrecht auf den Brettern erworben, was aber noch weit mehr bedeutet: bis heute erhalten. Wer hätte nicht einmal in seinem Leben Rudolf Dellingers allerliebsten Einfall: „Komm herab, o Madonna Theresa!" gesungen, gesummt, geträllert, bis er die einschmeichelnde Melodie nicht wieder los wurde. Was ist an Operetten, seit Don Cesar den Degen zog, nicht alles gekommen und gegangen, Oskar Walthers Liebertexte und Dellingers Melodien schweben über die Bühne wie ewig junge Schmetterlinge, an deren Glanz und Flitter wir uns immer aufs neue lächelnd erfreuen. Das ist halt eben die alte gute Querflötentrunk. Wenn dann eine tatsächlich talentierte Künstlerschar unter trefflicher Direktion, zuverlässiger Spielleitung und umsichtiger musikalischer Führung die Bühne belebt, so sollte sich die Bewohnerschaft von Stadt und Land zahlreich einstellen. Leider aber war der Besuch kaum mäßig. Mag sein, daß das Wetter den Besuch ungünstig beeinflußt hatte. — Dank Käthe Brauer für die empfundene Hingabe und temperamentvolle Art, mit der sie die Maritana herausbrachte, die Hand und Huld des Königs verschmäht, um ihren Grafen zu freien, der, von Gugen Demetrius gegeben, als Don Cesar eine prächtige Leistung bot, ganz der frische Edelmann, der stets die Ehre auf der Degenspitze trägt, selbst dem König gegenüber, den Walter von Imrey mit viel Geschick verkörperte. Georg Ernestie gab als Minister sein Bestes und Ludwig Böttcher sorgte als Archivar mit alter Treffsicherheit für den Humor in der Szene. Leni Pfeiffer entzückte als Bueblo in jeder Hinsicht. Auch die übrigen wußten das ihrige zur Rundung des angenehmen Gesamteindrucks zu geben. Die gesanglichen Leistungen standen wieder über dem sonst üblichen Maße und die Garderobe verdiente alle Anerkennung. Gerade sie zog das Auge in spanischen Bann, doch — wenn uns unser Ohr nicht getäuscht, fühlten sich einige Spieler auf französischem Boden.

—* **Festnahme.** Eine Ehefrau in Gröditz erhielt Briefe, worin sie aufgefordert worden ist, beim hiesigen Hauptpostamte einen größeren Geldbetrag zu hinterlegen. Im Unterlassungsfalle wurde ihr mit einer Anzeige gedroht. Beim hiesigen Hauptpostamte ist auch ein mit Zeitungspapier gefüllter Briefumschlag, der mit dem vom Schreiber angegebenen Kennzeichen versehen gewesen ist, hinterlegt worden. Beim Abholen des fragl. Briefes im hiesigen Hauptpostamte ist der Briefschreiber abgefaßt und nach der hiesigen Polizeiwache gebracht worden, wo festgestellt wurde, daß man es mit einem ledigen Wirtschaftsbesitzer aus Gröditz zu tun hatte. — Ermittelt und festgenommen worden ist von der hiesigen Kriminalpolizei ferner eine Mannesperson, die von dem Staatsanwalt und dem Amtsgericht in Dresden steckbrieflich gesucht wird.

—* **Zweite Frucht.** Das warme Herbstwetter der vergangenen Wochen hat es fertiggebracht, die Erdbeerstöcke in vielen Gärten nicht nur zweimal zum Blühen zu bringen, sondern hie und da die Gartenbesitzer auch noch mit einer zweiten Frucht zu erfreuen. In einem Garten an der Poppitzer Straße war der Fruchtanhang fast so groß wie im Frühjahr, und es konnten im Laufe der letzten Wochen wiederholt reife Beeren geerntet werden. Am Dienstag wurde uns eine große, vollständig reife Erdbeere überbracht, die aus einem der freigelegenen städtischen Schrebergärten an der Marktstraße stammt. Auch dort war schon seit Wochen ein zweites Blühen der Erdbeeren zu beobachten. An den Stöcken sind grüne Früchte in größerer Zahl vorhanden. — In Kamenz hat sogar ein Apfelbaum zum zweiten Mal Früchte angesetzt. Allerdings sind die zweiten Aepfel, wenn auch an Zahl sehr groß, so doch so klein, daß ihre Verwertung ausgeschlossen ist.

—* **Freiere Gestaltung des Unterrichts in den obersten Klassen der höheren Schulen.** Das sächsische Kultusministerium hat eine längere Verordnung erlassen über die freiere Gestaltung des Unterrichts in den obersten Klassen der neunstufigen höheren Schulen, die von dem Reichsschulausschuß nach den Vorschlägen Sachsens und Württembergs angenommen und der Reichsregierung mit dem Ersuchen übergeben worden sind, diese Leitsätze den Regierungen zur Berücksichtigung zu empfehlen. In den Leitsätzen heißt es u. a.: Um die Selbständigkeit und Arbeitsfreudigkeit der älteren Schüler zu fördern, wird für die obersten Klassen eine freiere Gestaltung des Unterrichts empfohlen. Die Gruppenbildung geschieht am besten in der Weise, daß in einer Gruppe A die Fremdsprachen, in einer Gruppe B mathematisch-naturwissenschaftliche Fächer nach Lehrzeit und Stundenzahl stärker betont werden als im Normallehrplan. Falls die Verhältnisse es nahelegen, kann eine Gruppe C den normallehrplanmäßigen Weg beschreiten. Die Gruppenbildung darf nicht vor der drittobersten Klasse beginnen, dabei bleibt Deutsch, Religion, Geschichte, Erdkunde, Turnen und Zeichnen allen Gruppen nach Lehrplan und Stundenzahl gemeinsam. Die Wahl der verschiedenen Gruppen ist den Schülern freizustellen. Der fremdsprachliche Unterricht in Gruppe A und der mathematisch-naturwissenschaftliche in Gruppe B haben in erster Linie die Aufgabe, die produktiven Kräfte des Schülers zu wecken. Sie sind nur in solchem Umfange zu betonen, daß ein gewisses Verständnis für die Grundgedanken und Ziele der betreffenden Gebiete erreicht wird. Es ist dabei zu beachten, daß sich keinesfalls eine Herabsetzung der Gesamtleistungen ergeben darf. Neben der Gruppenbildung wird die Einrichtung von wahlfreien Sonderkursen empfohlen, in denen auch künstlerische und technische Fächer Berücksichtigung finden können.

—* **Vom Landtag.** Die seinerzeit vom Landtagspräsidenten ernannten Berichterstatter über den Antrag Barthel und Gen. betr. die Festlegung des 1. Mai und 9. November als gesetzliche Feiertage, die Abgg. Beyhle (Soz.) und Siewert (Kom.) haben gestern erneut, folgenden Antrag eingebracht: Der Landtag wolle beschließen, den 1. Mai und 9. November zu gesetzlichen Feiertagen zu erklären. — Eingegangen sind ferner Anfragen der Abgg. Voigt und Gen. (T. Vp.) und Friedrich und Gen. (Dnat.) betr. die Versorgung mit Speisekartoffeln und ein kommunistischer Antrag betr. Maßnahmen zur Sicherstellung der Kartoffelversorgung.

—* **9. November und Industrie.** Der Verband Sächsischer Industrieller richtete sowohl an die Sächsische Regierung als an den Sächsischen Landtag eine Eingabe, in welcher er dringend darum ersucht, in diesem Jahre keine Anordnungen oder Maßnahmen zu ergreifen, die darauf hinzielen, den 9. November direkt oder indirekt als Feiertag anzuerkennen. Zur Begründung dieser Eingabe wies der Verband besonders auf die vielen außerordentlich unangenehmen Unzuträglichkeiten und Differenzen hin, die im vorigen Jahre durch das unklare Verhalten der Regierungsstellen entstanden waren und die noch dadurch vergrößert wurden, daß diese ungesetzlichen Erlasse der Sächsischen Regierung im Gegensatz zu den Anordnungen der verantwortlichen Leiter der Reichsbehörden standen. Alle diese Konflikte, die auch unnötigerweise zur Verschärfung der Gegensätze zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerschaft führen mußten, lassen sich vermeiden, wenn der gesetzliche Standpunkt eingenommen und der 9. November wie jeder andere Werktag behandelt wird.

—* **Einweisung des Präsidenten der sächsischen Landespolizei.** Der zum Präsidenten der Landespolizeiverwaltung ernannte bisherige Ministerialrat Dr. Adolph ist am Dienstag vom Minister des Innern Lipinski in Gegenwart der zuständigen Referenten der Landespolizei in sein neues Amt eingeführt worden. Bei dieser Gelegenheit betonte Minister Lipinski, daß die Aufgabe der Landespolizei sei, die Ordnung aufrecht zu erhalten und dem Gesetze Achtung zu verschaffen. Der Krieg habe eine Verwahrlosung der Rechtsbegriffe zur Folge gehabt, weshalb ein erhöhter Schutz der Republik dringend geboten sei. Weiter teilte der Minister mit, daß die Umstellung der Organisation der Landespolizei aus einer militärischen in eine zivile in nächster Zeit die Wirkung haben werde, daß in sechs sächsischen Städten die blaue und die grüne Polizei gemeinsam unter ein Kommando gestellt wird. Der neue Präsident Dr. Adolph betonte, daß, wenn auch die Landespolizei in Zukunft nicht mehr militärisch organisiert sei, **strenge Disziplin** erstes Erfordernis für die Erfüllung der Aufgaben sein muß.

SLUB
Wir führen Wissen.